

POLITISCHE BILDUNG AN BERLINER SCHULEN

Eine integrative Gesamtstrategie

POLITISCHE BILDUNG AN BERLINER SCHULEN

Eine integrative Gesamtstrategie





Sandra Scheeres
*Senatorin für Bildung,
Jugend und Familie*

Liebe Schulleiterinnen und Schulleiter, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Eltern,

seit einiger Zeit beobachten wir, dass die Grundwerte, die unsere Demokratie tragen, nicht mehr von allen Menschen, die in Deutschland leben, geteilt werden. Rechts-extremes, völkisches und radikalreligiöses Gedankengut findet eine Verbreitung, die wir noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten hätten – im Internet, aber auch in der analogen Öffentlichkeit. Der respektvolle Umgangston im sozialen Miteinander ist weniger selbstverständlich geworden, der Grad auch verbaler Radikalisierung hat zugenommen. Wie alle gesellschaftlichen Veränderungen spiegelt sich auch diese unmittelbar in der Schule, und Schule muss darauf reagieren. Zwar kann Schule nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen, aber einen Beitrag können die

an Schule Beteiligten leisten, damit bereits die jungen und ganz jungen Bürgerinnen und Bürger lernen, was unsere Demokratie bedeutet, was sie für jeden einzelnen leistet, warum und wie sie verteidigt werden muss. Dabei geht es auch um das Verständnis von demokratischen Prozessen und Institutionen, aber nicht nur: Demokratie ist mehr als eine Staatsform, sondern auch eine Lebensform, ohne die ein demokratisches politisches System ausgehöhlt würde. Darum bedeutet Politische Bildung auch, das gewaltfreie, respektvolle und inklusive Miteinander einzuüben. Schülerinnen und Schüler, aber auch die an Schule beteiligten Erwachsenen sollen in diesem Sinne an Mitbestimmungsprozessen in der Klasse und in der Schule teilhaben.

In diesem Sinne ist der Leitfaden „Politische Bildung an Berliner Schulen“ eine integrative Gesamtstrategie: Sie nimmt gleichermaßen den Fachunterricht in den Blick wie die Entwicklung jeder Schule als Ganzes zur Intensivierung der demokratischen Schulkultur. Und sie betont die Möglichkeiten, die sich gerade in einer an außerschulischen Lernorten und Bildungsträgern reichen Stadt wie Berlin bieten, die Expertise außerschulischer Bildungspartner mit den Kompetenzen der Lehrkräfte zu verknüpfen. Alle, die sich an Ihrer Schule für intensivere Politische Bildung einsetzen wollen – seien es Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, pädagogisches Personal, Eltern, Schulleitungen – finden mit dieser Strategie Unterstützung und Anregung.

In den letzten Jahren ist die Politische Bildung in Berlin bereits systematisch gestärkt worden, vor allem durch die Verankerung von Demokratiebildung, Bildung

zur Akzeptanz von Vielfalt (Diversity), Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen, Gewaltprävention und Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter (Gender Mainstreaming) als übergreifende Themen im Rahmenlehrplan 1–10 für Berlin und Brandenburg sowie durch die Stärkung des Faches Politische Bildung in der Studententafel. Ich hoffe, dass die Ideen dieser Broschüre Ihnen weitere Anregungen geben, die Politische Bildung in Ihrer Schule noch fester zu verankern und alle Menschen Ihrer Schulgemeinschaft zur Beteiligung ermuntern.



Sandra Scheeres

INHALT

DIE GRUNDSÄTZE DER GESAMTSTRATEGIE	9
GRUNDLAGEN POLITISCHER BILDUNG AN BERLINER SCHULEN	10
Zwei Begriffe – ein Ziel	11
Politische Bildung in Berlin – ein Verfassungs- und Bildungsauftrag	13
Beutelsbacher Konsens und Frankfurter Erklärung als Grundlagen politischer Bildung für das Land Berlin	15
Gesellschaftspolitische Herausforderungen in Berlin	18
Politische Bildung – inklusiv gedacht	18
Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft	18
Politische Bildung in der digitalisierten Gesellschaft	19
Gelingensbedingungen für eine demokratische Schule	21

POLITISCHE BILDUNG IN DEN BERLINER SCHULEN	24
Politische Bildung in den Fächern	25
Gesellschaftswissenschaften, Politische Bildung, Politikwissenschaft und Wirtschafts- und Sozialkunde	25
Politische Bildung als fachübergreifender Unterricht in den Gesellschaftswissenschaften	25
Erziehung zur Demokratie und zur Akzeptanz von Vielfalt als übergreifendes Thema aller Fächer	27
Demokratiebildung als Schulprinzip	29
Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften: Politische Bildung als Querschnittsaufgabe	32
Erste und Zweite Phase – Praxissemester und Vorbereitungsdienst	32
Fort- und Weiterbildung	33
ZUSAMMENSPIEL VON SCHULE UND AUSSERSCHULISCHEN EINRICHTUNGEN	36
Außerschulisches Lernen	37
Angebote der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit als Ergänzung der schulischen Politischen Bildung	38
Kooperation mit außerschulischen Lernorten der historisch-politischen und gesellschaftlichen Bildung	39
Stadtteilbezogene Kooperation mit der Jugendarbeit	40
Angebote außerschulischer Bildungsträger	41
Schul- / Schülerinnen- und Schülerwettbewerbe	42

DIE GRUNDSÄTZE DER GESAMTSTRATEGIE

Die politische Bildung an Berliner Schulen ist von einer Gesamtstrategie getragen, deren drei Grundsätze alle Aspekte der politischen Bildung durchziehen:

- 1.** Politische Bildung besteht in der gegenseitigen Ergänzung von Politikdidaktik und Demokratiebildung. Fachwissen und Fachkompetenzen auf der einen und die Erfahrung demokratischen Handelns auf der anderen Seite bestärken einander.
- 2.** Politische Bildung hat ein Referenzfach, ist aber nicht auf dieses beschränkt – Politische Bildung ist immer auch eine fachübergreifende Aufgabe.
- 3.** Politische Bildung an Berliner Schulen schaut über den Teller- rand des eigenen Schulgebäudes hinaus – in Unterricht, Projektarbeit und Ganztage sucht sie den Austausch zwischen Schule und außerschulischen Bildungspartnern.



GRUNDLAGEN POLITISCHER BILDUNG AN BERLINER SCHULEN

ZWEI BEGRIFFE – EIN ZIEL

Politikdidaktik, Demokratiepädagogik, Demokratiebildung – eine Vielzahl von Begriffen kursiert in bildungswissenschaftlicher Theorie und Praxis. Doch was verstehen wir unter diesen Begriffen im Kontext von politischer Bildung als gesellschaftlichem Auftrag?

Die folgenreichste Konfliktlinie der vergangenen Jahre ist zwischen der Politikdidaktik und der Demokratiepädagogik zu ziehen.

Vertreterinnen und Vertreter der **Demokratiepädagogik** treten für eine Erweiterung des Verständnisses politischer Bildung ein. Sie betonen, dass der Lernprozess dabei über kognitive Vermittlung von institutionenkundlichem Fachwissen und das theoretische Verstehen politischer (Entscheidungs-)Prozesse im Fachunterricht hinausgehen müsse. Kurz gesagt: Demokratie dürfe nicht nur ein Theorem bleiben, sondern müsse erfahrbar gemacht werden.¹

Für die Demokratiepädagogik ist daher demokratische Schulentwicklung immer auch ein wesentlicher Bestandteil der konzeptionellen Überlegungen. Demokratische Schule als Institution und demokratisches Handeln als Erfahrung in diesem Lernraum sollen es den Kindern und Jugendlichen ermöglichen, eine hohe Selbstwirksamkeitserwartung zu entwickeln und diese mit politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen zu verbinden.

Für die **Politikdidaktik** steht die Vermittlung von domänen-spezifischem Fachwissen und Fachkompetenzen im Vordergrund. Sie ist stärker auf den Fachunterricht konzentriert

1 u.a. Edelstein, Wolfgang / Fauser, Peter (2001): Demokratie lernen und leben. Gutachten zum Programm. Zugriff über: <https://www.pedocs.de/volltexte/2008/239/pdf/heft96.pdf> [letzter Zugriff 29.03.2018]; Beutel, Wolfgang / Fauser, Peter (2007) Demokratiepädagogik: Lernen für die Zivilgesellschaft. Schwalbach/Ts. Wochenschau Verlag.

und die Politikwissenschaft ist daher ihre Bezugsdisziplin für politische Bildung.

Beide hier beschriebenen Konzepte sind geprägt durch den Wunsch, junge Menschen bestmöglich auf ihrem Weg zu mündigen und selbstbestimmten Individuen zu begleiten. Für die Berliner Schule sind diese Konzepte keine konkurrierenden, sondern einander ergänzende Zugänge. Schule als ein Haus der Demokratiebildung² vereinbart wesentliche Elemente von Politikdidaktik und Demokratiepädagogik.

WISSEN UND HANDELN

Politische Bildung besteht in der gegenseitigen Ergänzung von Politikdidaktik und Demokratiepädagogik. Fachwissen und Fachkompetenzen auf der einen und die Erfahrung demokratischen Handelns auf der anderen Seite bestärken einander.

Die Kompetenzentwicklung im Prozess des politischen Lernens sollte daher auf zwei Säulen beruhen:

- 1. Wissen über Strukturen, Prozesse und Handlungsmöglichkeiten im Politischen sowie Kompetenzen, diese zu analysieren und zu beurteilen*
- 2. Demokratische Schule – Erfahrbarmachung demokratischer Werte durch Teilhabe bspw. in der Schülerinnen- und Schülervertretung, dem Klassenrat, Projektarbeit etc.*

Demokratiebildung kann als ein Lernprozess verstanden werden, der im Ergebnis mündige Bürgerinnen und Bürger dazu befähigt, bestehende politische, ökonomische und gesellschaftliche Strukturen, Prozesse und Regelungen zu hinterfragen und möglicherweise zu verändern.

² Kenner, Steve 2018: Handlungskompetenz: die größte Herausforderung der Demokratiebildung? In: Kenner, S. / Lange, D. (Hrsg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung. Frankfurt a.M.: Wochenschau Verlag, S. 244-255.

POLITISCHE BILDUNG IN BERLIN – EIN VERFASSUNGS- UND BILDUNGS-AUFTRAG

Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz der Gemeinschaft vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes als eigenständige Persönlichkeit und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.

Landesverfassung Berlin - Artikel 13 (1)

Das Recht eines jeden Kindes auf Entwicklung und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ist fest verankert in der Landesverfassung Berlins und im Schulgesetz. Höchste Priorität hat es, kindgerechte Lebensbedingungen in der Stadt zu schaffen. Wie eng verbunden kindgerechte Lebensbedingungen und politische Bildung miteinander sind, zeigt

ein Blick in die UN-Konvention über die Rechte des Kindes. Bereits in Artikel 13 heißt es in Satz 1:

Das Kind hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, ungeachtet der Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck, durch Kunstwerke oder andere vom Kind gewählte Mittel sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.

Kinder und Jugendliche sind in ihren Gedanken, ihren Meinungen und Positionen ernst zu nehmen und als Teil des gesellschaftlichen Diskurses zu verstehen. Darauf gilt es junge Menschen vorzubereiten. Was bedeutet es, die eigene Meinung zu äußern? Was zeichnet einen politischen Meinungs-austausch aus? Wie werden (politische) Konflikte

ausgetragen? Wie gelingt es, die eigenen Vorstellungen und Deutungsmuster zu hinterfragen? All diesen Fragen und Herausforderungen stellen sich Kinder und Jugendliche. Und politische Bildung muss sie dabei begleiten und unterstützen.

Auch deshalb hat im Jahr 2009 die Kultusministerkonferenz (KMK) die Stärkung der Demokratieerziehung als zentrale bildungspolitische Aufgabe beschlossen. In der Erklärung betonten die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder, Schule müsse ein „Handlungsfeld gelebter Demokratie sein, in dem die Würde des jeweils Anderen großgeschrieben, Toleranz gegenüber anderen Menschen und Meinungen geübt, für Zivilcourage eingetreten wird, Regeln eingehalten und Konflikte gewaltfrei gelöst werden.“³

³ Stärkung der Demokratieerziehung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009, Zugriff über: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf [letzter Zugriff: 29.03.2018]

Daneben verweist die KMK darauf, dass Demokratieerziehung Aufgabe aller Fächer sei und innerhalb sowie außerhalb des Unterrichts Verantwortungsübernahme durch die Schülerinnen und Schüler gefordert und gefördert werden soll. Die Überarbeitung der Empfehlung im Jahr 2018 hat diesen Aspekt nochmals geschärft.

POLITISCHE BILDUNG ALS AUFTRAG

Politische Bildung ist mehr als ein Unterrichtsfach. Sie ist ein rechtlich verbindlich verankerter Auftrag, der eng mit dem grundlegenden pädagogischen Sinn von Schule verknüpft ist.

BEUTELSBACHER KONSENS UND FRANKFURTER ERKLÄRUNG ALS GRUNDLAGEN POLITISCHER BILDUNG FÜR DAS LAND BERLIN

Neben den beschriebenen rechtlichen Rahmenbedingungen, die im Land Berlin Handlungsspielräume, Chancen und Möglichkeiten, vor allem aber auch Verpflichtungen in Bezug auf gelingende politische Bildung aufzeigen, gibt es für die Arbeit von politischen Bildnerinnen und Bildnern auch Leitplanken. Dafür hat sich in den vergangenen Jahrzehnten auch in Berlin der Beutelsbacher Konsens als Grundlage schulischer politischer Bildung etabliert. Im Jahr 1976 entstand dieser Konsens bei einer Tagung in der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg und entwickelte sich seither zu einem Selbstverständnis politischer Bildung. Der Konsens lässt sich in drei Kernaussagen zusammenfassen:

- 1. Schülerinnen und Schüler dürfen nicht überrumpelt – egal auf welchen Wegen oder mit welchen Mitteln – und folglich nicht in ihrer freien Urteilsbildung gehindert werden. (Überwältigungsverbot)*
- 2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Politische Bildung muss die Vielfalt wissenschaftlicher und politischer Diskurse widerspiegeln. Die Position der Lehrkraft darf dabei im Unterricht deutlich werden, solange andere Positionen als ebenfalls legitim dargestellt werden. (Kontroversitätsgebot)* Die KMK führt hierzu weiter aus: „Die KMK (...) bestärkt ausdrücklich die Lehrerinnen und Lehrer in ihrem Engagement, im Rahmen von Schule und Unterricht demo-

kratische Teilhabe- und Diskursfähigkeit der Schülerinnen und Schüler im Sinne des Beutelsbacher Konsenses zu fördern. Dies umfasst auch die kritische Auseinandersetzung mit allen Entwicklungen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage zu stellen beabsichtigen.“⁴

3. Schülerinnen und Schüler müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und die eigene Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen. (Schülerorientierung)

Berlin setzt sich zum Ziel, partizipative Elemente in einer demokratischen Schulkultur zu stärken. Daher sollten auch

⁴ Sekretariat der Kultusministerkonferenz: „Ergebnisniederschrift über die 363. Kultusministerkonferenz am 11./12. Oktober 2018 in Berlin

⁵ Frankfurter Erklärung. Zugriff über: <https://sozarb.h-da.de/index.php?id=586> [letzter Zugriff: 29.03.2018]

die Grundsätze der „Frankfurter Erklärung“⁵ Eingang in die politische Bildung an Berliner Schulen finden:

1. Krisen: Eine an der Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse interessierte politische Bildung stellt sich den Umbrüchen und vielfältigen Krisen unserer Zeit.

2. Kontroversität: Politische Bildung in einer Demokratie bedeutet, Konflikte und Dissens sichtbar zu machen und um Alternativen zu streiten.

3. Machtkritik: Selbstbestimmtes Denken und Handeln wird durch Abhängigkeiten und sich überlagernde soziale Ungleichheiten beschränkt. Diese Macht- und Herrschaftsverhältnisse gilt es wahrzunehmen und zu analysieren.

4. Reflexivität: Politische Bildung ist selbst Teil des Politischen. Politische Bildung reflektiert, dass Lernverhältnisse nicht herrschaftsfrei sind.

5. Ermutigung: Politische Bildung schafft eine ermutigende Lernumgebung, in der Macht- und Ohnmachtserfahrungen thematisiert und hinterfragt werden.

6. Veränderung: Politische Bildung eröffnet Wege, die Gesellschaft individuell und kollektiv handelnd zu verändern.

ZIEL: POLITISCHE MÜNDIGKEIT

Politische Bildung stellt im Unterrichtsfach, im Fachunterricht aller Fächer, aber auch darüber hinaus im Schulleben und in den außerschulischen Bildungsprozessen und Lernerfahrungen ein wesentliches Element für die Entwicklung mündiger Bürgerinnen und Bürger dar.

GESELLSCHAFTSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN IN BERLIN

POLITISCHE BILDUNG – INKLUSIV GEDACHT

Bei dem Konzept der Inklusion geht es um die Teilhabe aller in einer Gesellschaft. Für die Schule heißt dies zunächst, dass wir allen Lernenden den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung gewährleisten müssen, unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen, Geschlecht, Religion und sozialen oder ökonomischen Voraussetzungen. Inklusive politische Bildung hat darüber hinaus zum einen das Ziel, Schülerinnen und Schülern die Perspektive der von Exklusion Betroffenen vor Augen zu führen, Ursachen von Exklusion zu diskutieren und Wege zu ihrer Überwindung aufzuzeigen. Zum anderen sollen neben dieser theoretischen Ebene Schülerinnen und Schüler auch ganz praktisch die Erfahrung machen, dass Mitschülerinnen und Mitschüler, Lehrkräfte und Schulleitungen Phänomene von Ausgrenzung wahrnehmen und letztere aktiv primär pädagogisch, ggf. aber auch disziplinarisch dagegen vor-

gehen. Weiter bedeutet inklusive politische Bildung, dass alle an Schule Beteiligten, also auch Eltern sowie an Schulen Beschäftigte (Verwaltungsmitarbeitende, Hausmeisterinnen und Hausmeister sowie pädagogisches Personal) in ihrer Rolle als aktives Mitglied der Schulgemeinschaft gestärkt werden.

POLITISCHE BILDUNG IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT

Die Gesellschaft befindet sich in einem kontinuierlichen Wandlungsprozess. Nicht erst seit den Migrationsbewegungen der letzten Jahre verändern sich soziale, kulturelle und gesellschaftliche Strukturen. Auch das Berliner Stadtbild wandelt sich. Wandel und gesellschaftliche Transformationsprozesse sind immanenter Teil demokratischer Gesellschaften. Es ist notwendig, sich dessen auch in Bildungs-

prozessen bewusst zu werden, um junge Menschen auf die Herausforderungen einer sich stetig verändernden Gesellschaft vorzubereiten.

Heterogenität und Diversität dürfen auch im Bildungskontext dabei nicht länger als Problem angesehen, sondern vielmehr als Chance und Ressource wahrgenommen werden.

AKZEPTANZ VON VIELFALT

Bei Vorfällen von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Homophobie und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist unmittelbar zu intervenieren – langfristig muss ihnen mit politischer Bildung begegnet werden, die auch Eltern und das soziale Umfeld der Kinder und Jugendlichen in den Blick nimmt.

Politische Bildung befähigt junge Menschen dazu, in der politischen Öffentlichkeit, aber auch im Alltag Ausgrenzungsmechanismen und Diskriminierungsstrategien wahrzunehmen, ihre eigene Rolle darin kritisch zu reflektieren und aktiv auf Veränderungen hinzuwirken.

Auf die Komplexität des Zusammenspiels vielfältiger Faktoren der Migrationsgesellschaft gilt es Antworten zu finden, die über populistische Lösungsstrategien hinausgehen.

POLITISCHE BILDUNG IN DER DIGITALISIERTEN GESELLSCHAFT

Digitale Medien fungieren inzwischen häufig als öffentlicher Versammlungsort, an dem Kommunikation stattfindet, Informationen beschafft und ausgetauscht und neue Formen von gesellschaftlicher und politischer Teilhabe praktiziert werden können. Der Einfluss, den sie

dabei vor allem auf das Politische ausüben, ist jedoch vielfältig. Die neuen Medien können auf der einen Seite als Organisationsstruktur für demokratische Meinungsbildung und Protest⁶, auf der anderen Seite aber auch der Manipulation oder der bloßen Selbstdarstellung⁷ dienen. In jedem Fall müssen Kinder und Jugendliche für die Chancen und Risiken digitaler Medien sensibilisiert werden, denn diese haben längst ihren festen Platz in den Kinderzimmern.

POLITISCHE MEDIENBILDUNG

Digitale Bildung ist zu großen Teilen politische Bildung, weil es bei ihr im Kern um die Urteilsfähigkeit in Bezug auf öffentliche Kommunikation, um den Schutz von Menschenrechten und um Teilhabe an Diskursen geht.

Auf den veränderten Medienkonsum in einer digitalisierten Gesellschaft muss politische Bildung reagieren. Digitale Bildung berührt auch Demokratiebildung insofern, als sie eine kritisch-reflektierte Auseinandersetzung mit der digitalisierten Lebenswelt ermöglicht.⁸ Fragen, zu denen politische Bildung Schülerinnen und Schüler urteilsfähig machen muss, sind etwa: Wie ist mit der Informationsflut im Internet umzugehen und wie sind seriöse von mani-

6 vgl. Thimm, Caja 2012: Digitale Citoyens: Politische Partizipation in Zeiten von Social Media. Bonn: Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH und Institut für Angewandte Netzforschung UG (IfAN)

7 vgl. Imhof, Kurt 2015: Demokratisierung durch Social Media? In: Imhof, K., Blum, R., Bonfadelli, H., Jarren, O., Wyss, V. (Hrsg.) Demokratisierung durch Social Media: Mediensymposium 2012. Medien•Kultur•Kommunikation. Springer Verlagsgesellschaft, Wiesbaden, S.15-26

8 vgl. Sekretariat der Kultusministerkonferenz: Strategie der Kultusministerkonferenz: Bildung in der digitalen Welt, Bonn 2016, Zugriff über https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2016/Bildung_digitale_Welt_Webversion.pdf [letzter Zugriff 10.10.2018]

pulativen Quellen zu unterscheiden? Welche technischen und gesellschaftlichen Folgen wird die Digitalisierung haben und welchen Einfluss haben privatwirtschaftliche und staatliche Akteure darauf? Wie ist Phänomenen wie Hate Speech, Cybermobbing u.ä. politisch, rechtlich, gesellschaftlich und individuell zu begegnen? All dies sind

Fragen, die nicht nur im Fach Politische Bildung, sondern im Rahmen der Umsetzung der übergreifenden Themen und des Basiscurriculums Medienbildung (Rahmenlehrplan 1–10 für Berlin und Brandenburg, Teil B) aufzugreifen sind.

GELINGENSBEDINGUNGEN FÜR EINE DEMOKRATISCHE SCHULE

Demokratische Schule ist kein Zustand, sondern ein komplexer und langlebiger Prozess, dessen Erfolg von vielfältigen Faktoren abhängt:⁹

Führung und Management: Leitung und Schulmanagement initiieren und fördern eine demokratiepädagogische Schulentwicklung und motivieren die Akteure zu einer aktiven Beteiligung. Sie sind durch die eigene demokratische Haltung Vorbild und schaffen selbst demokratische, weitgehend hierarchiefreie Kommunikationsräume mit den

Lehrkräften, den Eltern und den Schülerinnen und Schülern. Sie bieten Möglichkeiten einer veränderten Schulorganisation an und schaffen damit Gelegenheitsstrukturen für eine demokratische Schule, in der Schülerinnen und Schüler angstfrei lernen können.

⁹ Beutel, W.; Edler, K. / Kahn, U. / Rump-Räuber, M. / Zöllner, H. / Landesinstitut für Schule und Medien Berlin - Brandenburg (Hrsg.) 2016: Merkmale demokratiepädagogischer Schulen - ein Katalog. Berlin/Jena, 3. überarbeitete Auflage

Engagement: Eine demokratische Schule lebt vom Engagement aller Beteiligten. Die Bereitschaft von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagogen und nichtpädagogischem Personal, Zeit und Energie in die Entwicklung der Schule zu investieren, braucht ein motivierendes Umfeld. Dies muss auch strukturell geschaffen werden (etwa durch Rituale der Anerkennung, Sorge um ein angenehmes Arbeitsumfeld, etc).

Partizipationsmöglichkeiten: Freiräume zur Beteiligung müssen immer wieder neu ermöglicht, eingefordert und entwickelt werden. Es bedarf daher der regelmäßigen Einbindung (neuer) Eltern, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler in diesen Prozess. Vor allem die Kinder und Jugendlichen sollten hierbei nicht unterschätzt, sondern unabhängig von Alter und Schulform in Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden und systema-

tisch über ihre Rechte und Partizipationsmöglichkeiten informiert werden.

Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten zeichnen eine Lernkultur demokratischer Schulen aus. Das Lernen ist geprägt von auf Selbststeuerung und Selbstbestimmung angelegten Lern- und Arbeitsformen. Die Themen orientieren sich an der Alltags- und Erfahrungswelt der Kinder und Jugendlichen. Eine solche Anerkennungskultur ermöglicht Partizipation und Engagement durch Selbstwirksamkeit und Verantwortungsübernahme.

Regelmäßige Feedback-Verfahren erleichtern es Schülerinnen und Schülern, sich über positive wie kritische Rückmeldungen zu Unterricht und Schulstruktur mit ihren Positionen einzubringen. Die Schulleitung kann von gezielt und regelmäßig eingeholten Feedbacks des

Kollegiums und der Eltern wertvolle Anregungen für die eigene Arbeit erhalten. In einer Schulkultur, die von der Grundstimmung wertschätzender Anerkennung geprägt ist, können auch kritische Anmerkungen leichter als positiv zu wertende Anregungen aufgefasst und umgesetzt werden.

DEMOKRATISCHE SCHULE

Das Gelingen einer demokratischen Schulentwicklung hängt von der demokratischen Haltung der Schulleitung sowie dem Engagement und den Partizipationsmöglichkeiten aller an Schule Beteiligten ab.



POLITISCHE BILDUNG IN DEN BERLINER SCHULEN

POLITISCHE BILDUNG IN DEN FÄCHERN

GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN, POLITISCHE BILDUNG, POLITIKWISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKUNDE

Das Schulfach Politische Bildung soll Schülerinnen und Schüler dazu befähigen, gesellschaftliche Fragen und Probleme zu verstehen und zu beurteilen. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche in der Entwicklung ihrer politischen Mündigkeit zu unterstützen. Politische Mündigkeit zu fördern heißt, dass Politische Bildung den Lernenden Möglichkeiten aufzeigt, auf der Basis einer kritischen Urteilsfähigkeit an politischen und gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben. Das bedeutet auch, die Folgen politischer Entscheidungen für sich und andere aus verschiedenen Perspektiven abzuschätzen: sozial, ökologisch, ökonomisch und global. Die politische Handlungskompetenz steht dabei in einem engen Zusammenhang mit den Fachkompetenzen: Analysieren, Urteilen und Methoden anwenden.

Die politik- und sozialwissenschaftliche (Problemlösungs-) Analyse ist eine Voraussetzung für ein reflektiertes politisches Urteil. Politisch mündiges Handeln bedingt in der Regel eine Beurteilung von Politik. Die Fähigkeiten Analysieren, Urteilen sowie Handeln erfolgen dann kompetent, wenn sie auf Fachwissen, insbesondere Konzeptwissen in Form von Fachkonzepten und politikwissenschaftlichen Kategorien, basieren und notwendige Methoden, z.B. zur Problemerschließung, berücksichtigen.

POLITISCHE BILDUNG ALS FACHÜBERGREIFENDER UNTERRICHT IN DEN GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Zu den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern zählen in der Sek I neben Politische Bildung die Fächer Geschichte, Geografie, Ethik und Wirtschafts- und

Sozialkunde (an den beruflichen Schulen). In der Sek II zählen zum gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabengebiet neben Politikwissenschaft die Fächer Geschichte, Philosophie, Geografie, Psychologie, Recht, Pädagogik, Wirtschaftswissenschaft und Sozialwissenschaften, Soziologie und Sozialkunde (an den Fachoberschulen). In all diesen Fächern werden jeweils aus einer domänen-spezifischen Perspektive zentrale Beiträge zur politischen Bildung geleistet: So nimmt das Fach Geschichte die Wurzeln heutiger Konflikte und mahnende Beispiele für Entwicklungen zu Diktatur und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den Blick, aber auch Leistungen und Fortschritte auf dem Weg zu Demokratie und Menschenrechten. Aus beidem lässt sich Orientierung für heutiges politisches Handeln gewinnen. Insofern ist der Geschichtsunterricht im Horizont seiner Fragestellungen immer auch auf die Gegenwart bezogen. In Ethik und Philosophie werden Grundfragen nach Gerechtigkeit, individueller Lebensführung und Gemeinschaft diskutiert, die für das demokratische Zusammenleben

sowie den Schutz des Einzelnen und der Wahrung seiner Rechte unabdingbar sind. In Geografie werden Fragen des menschlichen Miteinanders in räumlicher Perspektive aufgeworfen, die insbesondere für globale politische Prozesse von Relevanz sind.

Dabei ist verstärkt in den Blick zu nehmen, dass die Komplexität der meisten politischen Fragen sich nicht auf die Domänen der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer begrenzt. Die Komplexität der Klima- oder Energiepolitik

KOMPLEXITÄT AUS FACHKOMPETENZEN

Die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer sollen unter Wahrung fachspezifischer Kompetenzen und Inhalte Schülerinnen und Schülern eine komplexe Betrachtung politischer Phänomene aus verschiedenen fachlichen Blickwinkeln ermöglichen.

ist bspw. nur dann wirklich angemessen zu behandeln, wenn auch naturwissenschaftliche und mathematische Zugänge zu diesen Themen mitbedacht werden.

Durch die transnationale Dimension fast aller großen Fragen der Politik ergibt sich zudem ein weites Kooperationsfeld mit den modernen Fremdsprachen. Nimmt man den Aspekt der Präsentation von Unterrichtsergebnissen in den Blick, bietet sich die Einbeziehung etwa von Deutsch, Kunst oder Musik an.

ERZIEHUNG ZUR DEMOKRATIE UND ZUR AKZEPTANZ VON VIELFALT ALS ÜBERGREIFENDES THEMA ALLER FÄCHER

In Anlehnung an §1 Berliner Schulgesetz bedeutet politische Bildung eine Querschnittsaufgabe der schulischen Bildung. Die Umsetzung dessen erläutert der Rahmenlehrplan 1–10 für Berlin und Brandenburg im Teil B. Dort

sind 13 übergreifende Themen verbindlich genannt, darunter *Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt, Demokratiebildung, Europabildung in der Schule, Gewaltprävention, Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter, Interkulturelle Bildung und Erziehung* und *Kulturelle Bildung*.

Die Einbeziehung dieser Themenbereiche als fachübergreifende Aufgaben weist auf die Herausforderungen hin, denen sich Berliner Schulen in lokal unterschiedlicher Ausprägung zu stellen haben. Sie unterstreichen somit die Rolle der politischen Bildung als grundlegendes Element des schulischen Alltags.

Die Umsetzung der übergreifenden Themen im Unterricht der einzelnen Fächer kann auf zwei einander ergänzenden Wegen erfolgen: Zum einen – wie im vorangegangenen Abschnitt beschrieben – sind sie übergreifend in dem Sinn, dass die meisten politischen Themen sich nicht nur aus einer einzelnen Fachperspektive angemessen behandeln

lassen. Dieser Weg geht von einer spezifischen gesellschaftlichen/politischen Problemfrage aus und versucht, Teilantworten zur Lösung des Problems aus den Domänen der einzelnen Fächer beizusteuern. Zum anderen ist hingegen davon auszugehen, dass in jedem Unterrichtsfach teilweise unbewusst Fragen etwa der Gleichberechtigung der Geschlechter oder der Demokratiebildung berührt sind. Daher sollte in Betracht gezogen werden, Aufgabenstellungen und verwendete Unterrichts- und Lernmaterialien zu hinterfragen. Bspw. können die im Mathematikunterricht verwendeten Textaufgaben hinsichtlich ihrer möglichen impliziten Wertordnung analysiert werden. Oder man könnte erörtern, inwiefern die Perspektive von

Minderheiten in den im Deutschunterricht behandelten Texten angemessen berücksichtigt ist.

ÜBERGREIFENDE THEMEN

Politische Bildung ist in der Schule mehr als ein Unterrichtsfach. Politische (Entscheidungs-) Prozesse, demokratische Handlungsmöglichkeiten und aktuelle gesellschaftspolitische Themen tangieren sämtliche Unterrichtsfächer und das Schulklima über den Unterricht hinaus.

DEMOKRATIEBILDUNG ALS SCHULPRINZIP

An vielen Berliner Schulen werden bereits sehr erfolgreich Instrumente eingesetzt, die zur Demokratiebildung als gesamtschulische Aufgabe beitragen können.

Der **Klassenrat** ist angewandte politische und demokratiepädagogische Bildung, die bereits in der ersten Klasse vom Morgenkreis beginnend eingesetzt werden kann. Die Partizipation der Schülerinnen und Schüler wird mit Hilfe von strukturierten Formaten der Aufgabenübertragung, der Themenbearbeitung und Lösungsfindung gefordert und gefördert.

Bereits ab der ersten Klasse hilft das Einüben von strukturierten Diskussionsformaten der Wahrnehmung der eigenen Rechte sowie der Einbeziehung multiperspektivischer Positionen.

Der Klassenrat wird erst im Rahmen der demokratischen Schulentwicklung umfassend wirksam, wenn er in allen

Klassen durchgeführt wird, zum Schulprogramm gehört und die Schule an der qualitativen Ausführung arbeitet.

Die **Beteiligung der Schülerinnen und Schülern an schulischen Gremien** ist wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Schulkultur. Schulen mit einer hohen Schülerpartizipation in den schulischen Gremien weisen in der Regel auch eine etablierte Schülervertretungs(SV)-Arbeit vor. Dazu gehört die Teilnahme an SV-Seminaren, wie sie von verschiedenen Trägern der außerschulischen Bildungsarbeit angeboten werden. In Wochenend-Seminaren oder regelmäßigen Coach-Sitzungen können sich Schülerinnen und Schüler bei diesen Trägern in der SV-Arbeit schulen und informieren lassen. Damit die Schülerschaft ihre Beteiligung in der SV als sinnvoll und effektiv wahrnimmt, braucht sie Strukturen, die klar, transparent und verlässlich sind. Für die Voraussetzungen bedarf es je nach Größe der Schule zwei bis drei

engagierter Lehrkräfte und der Zurverfügungstellung schulischer Ressourcen wie ein wöchentliches Zeitfenster für Treffen mit der Schulsprecherin / dem Schulsprecher bzw. Schulsprecherteam.

Schülerinnen- und Schüler-Budgets: Auch wenn viele Schülerinnen und Schüler kreative Köpfe sind, steigert sich ihre Kreativität, wenn diese tatsächlich Chancen der Umsetzung erhalten kann. Das geht häufig nur mit einer finanziellen Grundlage. Manche Grundschulen haben ihren SV-Gremien ein selbst zu verwaltendes Budget zur Verfügung gestellt, welches zumeist über den Förderverein läuft. Ein festgelegtes Jahresbudget mit der Auflage einer transparenten Buchführung bedeutet Anerkennung durch Verantwortungsübernahme, Vertrauensbeweis und Erweiterung der administrativen Kompetenzen.

Im gleichen Sinne funktionieren Schülerinnen- und Schülerhaushalte, die mit Mitteln der Bezirke ausgestattet und durch Landesmittel pädagogisch betreut werden.

Nach erfolgreichen Pilotprojekten im Bezirk Mitte ist es das Ziel der Senatsschulverwaltung, dieses Instrument auszuweiten.

Eigene Veranstaltungen und Projekte: In einigen Schulen organisieren die SV Schülerinnen- und Schüler-AGs sowie Projekte. Selbst organisierte Arbeitsgemeinschaften sprechen häufig Themen an, die Schülerinnen und Schülern sehr wichtig sind, denen jedoch im regulären Schulalltag kein Raum geboten wird. Es bedarf einer für Fragen der Demokratiebildung sensiblen Schulleitung und zuweilen auch engagiert logistisch unterstützender Lehrkräfte, um solchen Initiativen die nötigen Entwicklungsmöglichkeiten an der Schule zu geben.

Gesamtschülerversammlungen (GSV) sind im §85 im Berliner Schulgesetz verankert. Sie finden bis zu zweimal im Schuljahr statt. Damit die GSV tatsächlich stattfinden können, bedürfen die Schülerinnen und Schüler der Unterstützung durch eine Schulleitung und ein Kollegium, die die

Arbeit der SV als wichtiges Element von Schulentwicklung ansehen. Das Instrument von GSV kann Raum geben für kommunikativen Austausch zwischen den Jahrgängen untereinander, die öffentlichen Formulierungen von Kritik, die Anerkennung besonderer Leistungen von Schülerinnen und Schülern sowie für die Debatte über Themen, die die gesamte Schülerschaft betreffen.

Eine **Schülerzeitung** (sei es als Printmedium oder als Blog) bietet unter anderem allen Schülerinnen und Schülern ein Medium, ihre Meinungen zu gesamtgesellschaftlichen oder schulbezogenen Themen zu äußern, mit anderen Schülerin-

DEMOKRATIE ALS ERFAHRUNG

An allen Schulen sollen die Partizipationsmöglichkeiten mit einem oder mehreren der oben genannten Instrumente erweitert werden.

nen und Schülern, Lehrkräften und der Schulleitung in Dialog zu treten, Themen zu setzen und Entscheidungsprozesse an Schule zu begleiten. Hier können wichtige demokratische Tugenden etwa der sachlichen Auseinandersetzung und Argumentation geübt und die Rolle freier, verantwortungsvoll genutzter Medien für die Demokratie gelernt werden.

Peergroup-Learning findet sich in vielen Schulen, die einen demokratiebildenden Ansatz haben. Beispielsweise kann die 8. Jahrgangsstufe durch Vermittlung von Praktikums-erfahrungen in Form von Schülerinnen- und Schülerpräsentationen einer 9. Jahrgangsstufe vorbereitet werden. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die Schülerinnen und Schüler tatsächlich die Akteure in der Gestaltung ihrer Vermittlungseinheit sind, ohne dass vorgegebene Strukturen die eigene Fantasie zu sehr einzwängen.

Die aktive Förderung von **Eltern-Kooperation** kann Demokratiebildung in der Schule nachhaltig unterstützen, indem dadurch sichergestellt werden kann, dass Schule und

Elternhaus bei der Wertebildung an einem Strang ziehen.
Die Stärkung der Teilhabe von Eltern an den schulischen

Gremien, an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen
ist hierfür ein wesentlicher Schritt.

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG VON LEHRKRÄFTEN: POLITISCHE BILDUNG ALS QUERSCHNITTAUFGABE

ERSTE UND ZWEITE PHASE – PRAXISSEMESTER UND VORBEREITUNGSDIENST

Studierende, die im Rahmen ihres Praxissemesters an die Schulen kommen, erfahren hier ihre erste Prägung als angehende Lehrkraft. Es ist daher von großer Bedeutung, dass ihnen in ihrer Betreuung nicht nur fachdidaktische und pädagogische Prinzipien vermittelt werden, sondern dass sie Schule auch als Gemeinschaft und als Raum der Mitbestimmung und Mitgestaltung erleben können.

Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärttern werden in ihrer Ausbildung in den schulpraktischen Seminaren, unabhängig von ihren Unterrichtsfächern, einige Aspekte der politischen Bildung vermittelt. In verschiedenen obligatorischen Modulbausteinen werden u.a. thematisiert:

- ▶ Werteerziehung/Entwicklung moralischer Urteilsfähigkeit
- ▶ Aufgaben der politischen Bildung
- ▶ Demokratische Schulentwicklung
- ▶ Bildung für nachhaltige Entwicklung/Globales Lernen
- ▶ Links- und Rechtsextremismus
- ▶ Antisemitismus

Seit vielen Jahren werden im Vorbereitungsdienst mehrtägige Veranstaltungen zum Themenkomplex Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit angeboten.

Damit ist zum einen davon auszugehen, dass bei Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern aller Fächer Grundkenntnisse und eine grundlegende Sensibilität für Themen der politischen Bildung gegeben sind, auf die Schule bei der weiteren Förderung ihrer Kompetenzen aufbauen kann. Zum anderen können Lehramtsanwärterinnen und -anwärter damit Anregungen für die politische Bildung in die Schule hineinbringen.

FORT- UND WEITERBILDUNG

Seit 2015 ist die Fortbildung in Berlin in vier Regionalverbänden organisiert und integraler Bestandteil des Referates Lehrkräftebildung, in dem alle Phasen der Lehr-

kräftebildung seitdem zusammengefasst sind. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Steuergruppe Fortbildung eingesetzt, die gesamtstädtische Schwerpunkte benennt und die Arbeit in den vier Regionen koordiniert.

Die regionale Fortbildung zielt verstärkt darauf ab, statt punktueller Fortbildungsangebote mehr kontinuierliche Qualifizierung im Austausch von Lehrkräften und Schulen zu etablieren. Für das übergreifende Themenfeld der Demokratiebildung wurde bereits ein konzeptioneller Anfang gemacht: Auf der Grundlage des entwickelten Grundwertcurriculums Hands for Kids/Hands across the Campus wurde ein zweijähriger, stark nachgefragter Fortbildungszyklus für Grundschulen und Oberschulen angeboten. Es qualifiziert sich pro Schule jeweils ein multiprofessionelles Team. Ähnliche Programme existieren zur Einführung des Klassenrats auch an Oberschulen.

Für die regionale Fortbildung werden Schulberaterinnen und Schulberater in einer dreijährigen Qualifizierung für

Demokratiebildung und Diversity sowie Prävention gegen Diskriminierung, Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus qualifiziert, die ab dem Schuljahr 2018/19 zwei landesweite Fortbildungen zur Demokratiebildung sowie regionale und schulinterne Veranstaltungen anbieten.

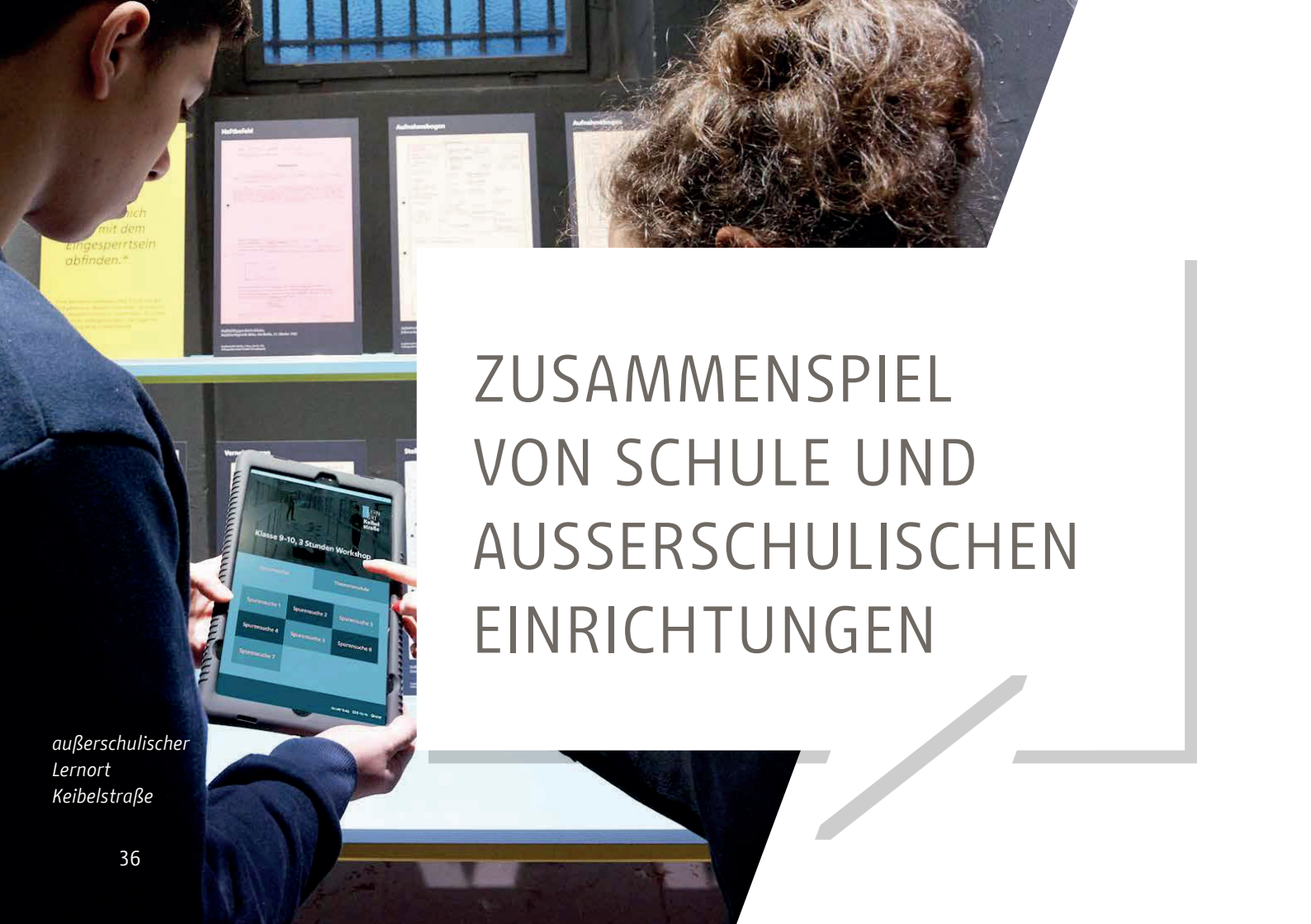
Verstärkt wird auch die Expertise außerschulischer Bildungsträger im Feld der Demokratiepädagogik und der Prävention von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit herangezogen und nach fachlicher Prüfung in das Fortbildungsangebot der Senatsbildungsverwaltung integriert.

Eine Schule, die die politische Bildung ihrer Schülerinnen und Schüler ernst nimmt, fördert die Teilnahme von Lehr-

kräften an entsprechenden Fortbildungen und begreift es als Aufgabe der Schulleitung und des Gesamtkollegiums, die Räume dazu zu schaffen und die Ergebnisse der Fortbildungen in die Schulwirklichkeit zu implementieren.

POLITISCHE BILDUNG IN ALLEN PHASEN

In der Aus- Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften kommt den Themen der politischen Bildung große Bedeutung zu, wobei auch die Expertise außerschulischer Bildungsträger verstärkt herangezogen wird.



ZUSAMMENSPIEL VON SCHULE UND AUSSERSCHULISCHEN EINRICHTUNGEN

*außerschulischer
Lernort
Keibelstraße*

AUSSERSCHULISCHES LERNEN

Die Öffnung der Schule für Angebote außerschulischer Lernorte gehört bereits seit Langem zu einer zeitgemäßen Lehr- und Lernkultur, die die Eigenverantwortung der Schülerinnen und Schüler stärkt, ihre Lebenswelt und ihre Erfahrungsräume einbezieht und damit zum kumulativen Kompetenzerwerb der Demokratiebildung beiträgt. Berliner Schulen nutzen die außerschulischen Lernorte bzw. Gedenkstätten als Ergänzung und Vertiefung von Unterrichtsvorhaben.

Außerschulisches Lernen initiiert Bildungsprozesse durch unmittelbare Begegnungen, eine Rückgewinnung von Erfahrungsräumen, von situationsbezogenem entdeckenden Lernen und einem gesellschaftlich-historischen Lernen in der Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten an den außerschulischen Lernorten. An der Mehrzahl der Lernorte kann außerdem fachübergreifend und projektbezogen gelernt werden.

ANGEBOTE DER LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNGSARBEIT ALS ERGÄNZUNG DER SCHULISCHEN POLITISCHEN BILDUNG

Die Berliner Landeszentrale unterstützt die Politische Bildung in Berlin auf pluralistischer Grundlage überparteilich und unabhängig. Sie vernetzt die Akteure der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, organisiert den fachlichen Austausch und regt über Fachveranstaltungen zur Weiterentwicklung des Gesamtsystems der politischen Bildung in Berlin an.

Die Berliner Landeszentrale für politische Bildung macht allen Berlinerinnen und Berlinern und im Besonderen auch

Lehrkräften Orientierungsangebote zu politischen und gesellschaftlichen Fragen. Ihre Foren, Diskussionen und Vorträge haben eine hohe Aktualität.

Die Publikationen der Landeszentrale werden nach den allgemeinen Abgaberegeln Schülerinnen und Schülern kostenfrei zur Verfügung gestellt.

KOOPERATION MIT AUSSERSCHULISCHEN LERNORTEN DER HISTORISCH-POLITISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN BILDUNG

Außerschulische Lernorte sind eine wichtige Bereicherung der schulischen politischen Bildung. Sie ersetzen nicht den jeweiligen Fachunterricht, sondern lassen zusätzliche Impulse entstehen, die für eine handlungsorientierte politische Bildung von großer Bedeutung sind.

Es existiert eine enge Kooperation der Senatsbildungsverwaltung mit außerschulischen Lernorten der historisch-politischen und gesellschaftspolitischen Bildung, etwa mit der Arbeitsgemeinschaft der NS- und DDR-Gedenkstätten in Berlin und Brandenburg in der Form der Zusammenarbeit im Rahmen des jährlich stattfindenden „Forum[s] zeitgeschichtliche Bildung“, welches speziell für die Berliner Schulen mit schulspezifischen Themen jährlich im Wechsel in Berlin oder Brandenburg in einer entsprechenden Gedenkstätte durchgeführt wird. Auch die außerschulischen

Lernorte im Bereich des Globalen Lernens leisten in enger Kooperation mit der Senatsbildungsverwaltung einen großen Beitrag zur politischen Bildung.

Weitere außerschulische Lernorte werden z.T. durch Pädagoginnen und Pädagogen vor Ort unterstützt. Dies sichert eine enge Verzahnung der didaktischen Angebote der Lernorte mit den didaktischen und pädagogischen Zielen der Berliner Schulen.

Beginnend in 2018 reist jedes Jahr eine Gruppe von Lehrkräften und von pädagogischem Personal der Berliner Gedenkstätten zu einer zehntägigen Fortbildungsreise nach Israel, in deren Zentrum eine mehrtägige Fortbildung in der Internationalen Gedenkstätte Yad Vashem steht. Ziel ist es, durch diese Fortbildungen ein noch engeres Netzwerk

zwischen den Pädagoginnen und Pädagogen an den außerschulischen Lernorten und den Lehrkräften der Berliner Schulen zu knüpfen.

Im Rahmenlehrplan 1–10 für Berlin und Brandenburg ist für das Fach Geschichte der Besuch zweier außerschulischer Lernorte für jede Lerngruppe in jedem Doppeljahrgang

festgelegt, für das Fach Politische Bildung der Besuch eines außerschulischen Lernorts pro Lerngruppe und Doppeljahrgang. Im Rahmenlehrplan Geschichte für die gymnasiale Oberstufe ist ein Besuch pro Kurshalbjahr verpflichtend. Es ist die Aufgabe von Schulleitungen und Fachleitungen, sicherzustellen, dass diese obligatorischen Besuche durchgeführt werden.

STADTTTEILBEZOGENE KOOPERATION MIT DER JUGENDARBEIT

Insbesondere im Kontext der Ganztagschule, aber nicht nur in diesem, stellen Kooperationen von Schule mit Trägern der Jugendarbeit ein großes Potential für die politische Bildung dar. Die einzelne Schule als Teil eines Schulentwicklungsraumes kann davon profitieren, wenn

Unterricht, Angebote der Jugendarbeit im Rahmen des Ganztags und außerschulische Angebote der bezirklichen Jugendarbeit miteinander verzahnt werden. Im Rahmen des Jugenddemokratiefonds werden Projekte der Kinder- und Jugendbeteiligung finanziell gefördert.

ANGEBOTE AUSSERSCHULISCHER BILDUNGSTRÄGER

Viele außerschulische Bildungsträger werden mit Mitteln aus dem Bereich der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie unterstützt. Sie bieten ein breites Angebot an Workshops zu verschiedenen Fragen der Demokratiebildung und der Antidiskriminierung, die von Schulen angefragt werden können. Insbesondere mit peer-basierten und begegnungspädagogischen Ansätzen bieten sie eine wertvolle Ergänzung des Unterrichts durch Fachlehrkräfte.

Die finanziellen Möglichkeiten der Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Partnern in allen Bereichen der politischen Bildung werden erheblich ausgeweitet.

KOOPERATION DER LERNORTE

Kein anderes Bundesland verfügt über eine derartig exzellent ausgefächerte Breite von historisch-politischen und demokratiefördernden Lernorten sowie außerschulischen Angeboten von NGO. Dies ist eine einzigartige Chance der Demokratieförderung für die Bildung von Kindern und Jugendlichen in allen Schulen.

SCHUL- / SCHÜLERINNEN- UND SCHÜLERWETTBEWERBE

Politische Bildung bedarf der vertieften, längerfristigen Auseinandersetzung mit lebensnahen und gesellschaftlich relevanten Themen. Besonders geeignet sind dazu Projekte, in denen die Schülerinnen und Schüler weitgehend selbständig über einen längeren Zeitraum hinweg mit komplexen Methoden der Recherche und Präsentation ein sie interessierendes, selbst gewähltes Thema bearbeiten. Dies wird vor allem im fächerverbindenden Unterricht ermöglicht. Motivierend für Schülerinnen und Schüler, aber auch für Lehrkräfte und Schulleitungen ist es, Projektarbeit mit einer Teilnahme an einem Wettbewerb zu verknüpfen. Hier lernen Schülerinnen und

Schüler Selbstvertrauen, Selbstorganisation und Selbstwirksamkeit. Daher unterstützt die Senatsbildungsverwaltung zahlreiche Wettbewerbe der historisch-politischen Bildung.

VERTIEFENDE AUSEINANDERSETZUNG

Ziel ist es, dass jede Schülerin und jeder Schüler mindestens einmal in ihrer/seiner Schullaufbahn an einem Wettbewerb teilgenommen hat.

Impressum

Herausgeber

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin-Mitte

post@senbjf.berlin.de
www.berlin.de/sen/bjf

Verantwortlich

Regina Ultze
Referat II B, Fächer der Berliner Schulen,
Rahmenlehrpläne
Dr. Martin Brendebach
Fachaufsicht des gesellschaftswissenschaftlichen
Aufgabenfeldes

Gestaltung

SenBJF, Referat ZS I
zweifrauwerk, Berlin

Fotos

Fotos DSC 9684 und KursGadget2: Von Senbjf,
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Foto ITSABOUT Keibel_15: Von Agentur für Bildung,
Birgit Marzinka
Foto KitaSchulen_03A2085: Jannette Kneisel-Apr05
2017 privat

Druck

Bonifatius GmbH Druck - Buch - Verlag
Karl-Schurz-Str. 26
33100 Paderborn

Auflage

2000, Dezember 2019

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Landes Berlin. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Werbung für politische Parteien verwendet werden.

Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Familie



Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin
Telefon (030) 90227-5050
www.berlin.de/sen/bjf
post@senbjf.berlin.de